

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Christoph Deutschmann **3** Der kollektive Buddenbrooks-Effekt – Sozialstrukturelle Hintergründe der Wirtschaftskrise
- Ferdinand Wenzlaff **11** Vorläufer der Geldreform
- Daniel Pavlic **18** Die sozial-liberale Wirtschaftsordnung nach Maurice Allais
- Helmut Creutz **24** Geldschöpfung in öffentlicher Hand – Gedanken zum gleichnamigen Buch von Joseph Huber & James Robertson
- Dirk Löhr **40** Vollgeld, Freigeld und Assetpreisinflationen
- Fabian Thiel **55** „Landgrabbing“ – und was dagegen zu tun ist
- Dirk Lambach **60** Betriebliche Partnerschaft als unternehmerisches und gesellschaftliches Konzept
- 63** Bücher – Personalie – Veranstaltungen

Der kollektive Buddenbrooks-Effekt – Sozialstrukturelle Hintergründe der Wirtschaftskrise

Christoph Deutschmann

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist keineswegs zu Ende, auch wenn der deutsche Export wieder floriert und auch die Banken wieder Gewinne machen. Dank massiver staatlicher Interventionen in den USA, in Japan und Europa ist es zwar zunächst gelungen, den Absturz des Finanzsystems und der Wirtschaftskonjunktur zu verhindern. Aber der Preis für die staatlichen Rettungsaktionen und Bürgschaften war ein weiterer starker Anstieg der Staatsverschuldung, die ja schon vor der Krise als untragbar hoch galt. Wegen der dramatisch zunehmenden Staatsdefizite ist es für eine Reihe europäischer Länder – Griechenland, Spanien, Portugal, Irland – bekanntlich schwierig geworden, sich über den Kapitalmarkt zu refinanzieren. Die Europäische Zentralbank war gezwungen, zu Hilfe zu eilen und ihren geheiligten Grundsatz über Bord zu werfen, niemals staatliche Anleihen zu kaufen. In den USA, in Großbritannien und in Japan dümpelt die Wirtschaft vor sich hin, obwohl die Zentralbankzinsen schon längst in der Nähe von Null liegen. Die Regierungen versuchen es trotzdem mit weiteren geldpolitischen Lockerungen und fiskalischen Stimulierungen und beschwören damit die Gefahr eines internationalen Abwertungswettlaufs herauf. Was weiter wächst, sind nur die staatlichen Schulden, und so könnten nach dem Euro auch das Pfund, der Dollar und auch der Yen ins Gerede kommen. Selbst in Deutschland ist die Situation nicht so unproblematisch, wie die Regierung glauben machen will. Die Rettungsaktionen für die angeschlagenen Banken (Landesbanken, Hypo Real Estate etc.) und die dazu eingerichteten „bad banks“ bergen unabsehbare Risiken für den ohnehin stark überschuldeten Bundeshaushalt, die man nicht ewig in die Zukunft wird verschieben können. Der Steuerzahler zahlt für die staat-

lichen Rettungsaktionen doppelt: Einmal für die immensen aktuellen und potentiellen Kosten der Subventionen und Bürgschaften selbst, zum anderen für die mit der zusätzlichen Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte anstehenden Zinszahlungen. Niemand wagt daran zu denken, was es für die Staatsschulden bedeuten wird, wenn die Zentralbankzinsen wieder auch nur in die Nähe ihres früheren Niveaus vor der Krise steigen sollten. Faktisch hat der Staat die Rolle eines Garanten der privaten Finanzvermögen gegen den Markt übernommen. Er stützt Wertpapierbestände, die faktisch längst wertlos geworden sind; er zahlt Renditen, die am Markt längst nicht mehr erzielbar wären. Die Großbanken, die zu groß geworden sind, um bankrott gehen zu können (Commerzbank, Hypo Real Estate), haben sich den Staat als Geisel genommen, der nun in seinem eigenen Interesse alles tun muss, um die Geschäfte der Banken wieder florieren zu lassen. Diese Rolle als Garant und Geisel muss selbst die wirtschaftlich stärksten Nationalstaaten überfordern. Die Frage ist nur, wann die nächste Krise kommt – nicht ob.

Die Diskussion über die Ursachen der Krise und ihre möglichen Folgen ist deshalb alles andere als obsolet. Sie wird bis heute noch immer zu einem großen Teil von Wirtschaftswissenschaftlern geführt, die sich dafür fachlich zuständig fühlen. Nun kann gerade der wirtschaftswissenschaftliche „mainstream“ zur Klärung der Krisenursachen wenig beitragen. Seine Vertreter scheinen durch die Krise auf dem falschen Fuß erwischt worden zu sein. Sie haben nicht nur mit einer solchen Krise nicht gerechnet, sondern sogar ihre Möglichkeit kategorial ausgeschlossen. Nun ist fast alles Makulatur, was man uns gepredigt hat: von den Vorzügen der Selbstregulierung der Märkte, der

Schädlichkeit staatlicher Interventionen bis hin zur überlegenen Effizienz freier Kapitalmärkte. Entsprechend dürrig klingt das, was man uns zur Erklärung und Diagnose der Krise zu sagen hat. Es seien mit unbegreiflicher Leichtfertigkeit Hypothekenkredite an gar nicht zahlungsfähige Schuldner vergeben worden, es seien spekulative Pyramiden von unvorstellbaren Dimensionen aufgetürmt und nicht mehr zu durchschauende Finanzmarktprodukte entwickelt worden, es seien die Bilanzen der Banken manipuliert worden, um diese unverantwortlichen Geschäfte zu kaschieren, die Aufsichtsräte und die staatlichen Kontrollinstanzen hätten versagt, usw.. Man könnte diese Erklärungen mit dem Stichwort „menschliches Versagen“ zusammenfassen: Die Systeme sind „an sich“ in Ordnung, nur die Akteure – die Bankmanager, die Analysten, die Rating-Agenturen, die die Mitglieder der Aufsichtsgremien, die Zentralbankvorstände – hätten eben nicht richtig funktioniert. Und so wird von allen Seiten nach schärferen internationalen „Regulierungen“ gerufen, von denen dank der erfolgreichen Arbeit der Finanzlobby freilich bis jetzt nur wenig in die Tat umgesetzt wurde.

Nun wird niemand bestreiten wollen, dass es Betrug, Korruption, unverantwortliches Verhalten in großem Umfang gegeben hat und dass die Strukturen des Finanzsystems derartige Praktiken auch begünstigen. Kurzschlüssig wäre es allerdings, die Krise allein auf individuelles Fehlverhalten zurückzuführen. Die Annahme, dass die Systeme „an sich“ in Ordnung sind und nur schärfer reguliert und überwacht werden müssten, wird denn auch keineswegs von allen Ökonomen geteilt. Die Argumente der „Keynesianer“ von Minsky bis Stiglitz und Krugman finden aus verständlichen Gründen heute wieder große Resonanz. Dass Finanzmärkte nicht zum Gleichgewicht, sondern zur Selbstverstärkung von Ungleichgewichten tendieren, dass das Geschehen durch massive ökonomische und politische Machtpositionen der Finanzmarktakteure bestimmt wird, dass man die Rationalität und Lernfähigkeit der Akteure nicht überschätzen sollte (Kindleberger/Aliber 2005) – wer wollte das alles heute bestreiten? Dennoch halte ich auch die Erklärungen, die der „financial instability-Ansatz“ uns liefert,

nicht für letztlich befriedigend. Diese Sichtweise ist zwar realitätsnäher als die orthodoxe Position. Aber auch sie legt die Vorstellung nahe, dass es sich bei Finanzkrisen um eine Art „Naturereignis“ handelt, das regelmäßig kommt, aber ebenso regelmäßig auch wieder vergeht. Wir alle spüren, dass dies keine „gewöhnliche“ Krise ist. Es ist unwahrscheinlich, dass man nachher weitermachen können wird wie bisher. Wenn man bei der Diagnose und Therapie über eine bloß reagierende Haltung hinauskommen will, verlangt dies nach neuen, über gängige ökonomische Modelle hinausgehenden Sichtweisen.

Ich möchte eine solche andere, nämlich soziologische Perspektive vortragen und fasse sie mit dem Stichwort „kollektiver Buddenbrooks-Effekt“ zusammen. Meine These ist, dass die Geschichte der Kaufmannsfamilie Buddenbrook, die Thomas Mann in seinem berühmten Roman über mehrere Generationen hinweg schildert, sich gleichsam auf kollektiver Ebene wiederholt, d.h. in der Entwicklung Deutschlands bzw. Westdeutschlands und der meisten anderen westlichen Industrieländer nach dem Zweiten Weltkrieg. Thomas Mann zeigt in seiner berühmten Familienchronik den Aufstieg und Niedergang der Kaufmannsfamilie Buddenbrook. Die ersten beiden Generationen (Johann und Jean Buddenbrook) haben die Firma und die Familie durch harte Arbeit und Disziplin zu Erfolg und Wohlstand geführt. In der dritten Generation, bei Thomas Buddenbrook, seinem leichtlebigen Bruder und seiner kapriziösen Schwester, häufen sich dann die geschäftlichen und persönlichen Probleme. Am Ende bleibt nur noch der wenig lebensfähige kleine Hanno übrig, schließlich stirbt auch er mit nur 17 Jahren. Ich will mich hier nicht in düsteren Untergangsszenarien ergehen. Aber ich sehe in der wirtschaftlichen Entwicklung der reifen Industrieländer in Europa, Nordamerika und auch Ostasien gewisse Parallelen zur Familiengeschichte der Buddenbrooks:

1.: Wir haben in Westdeutschland und Westeuropa, seit 1990 auch in Gesamtdeutschland und im überwiegenden Teil Gesamteuropas eine im historischen Maßstab fast einmalig lange Periode wirtschaftlicher Prosperität hinter uns. Seit jetzt mehr als 60 Jahren hat es keine großen Kriege, aber auch keine schweren Krisen und

keine galoppierenden Inflationen mehr gegeben. Zwar stagnieren die Realeinkommen der breiten Masse der Bevölkerung schon seit längerer Zeit. Aber im Durchschnitt haben die westeuropäischen Gesellschaften ein beachtliches Wohlstandsniveau erreicht. Gleichzeitig sind die privaten Finanzvermögen seit Jahrzehnten gewachsen und gewachsen, und zwar erheblich (doppelt bis dreifach) stärker als die verfügbaren Einkommen (Stein 2004); das gilt auch für die Jahre nach der Wiedervereinigung und der Krise der Jahrhundertwende. Heute belaufen sie sich nach den Angaben der Deutschen Bundesbank in Deutschland auf rund 5 Billionen Euro brutto bzw. 3 Billionen Euro netto – etwa anderthalbmal so viel wie das jährliche Sozialprodukt Deutschlands.

2.: Der private Vermögensbesitz ist, wie wir alle wissen, sozial äußerst ungleich verteilt, und die Ungleichheit der Vermögen ist noch wesentlich stärker als die der Einkommen. Aber trotzdem haben von der wirtschaftlichen Prosperität in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur ein paar Superreiche profitiert. Vielen Menschen ist im Zuge der wirtschaftlichen Dynamik und der Bildungsexpansion der Aufstieg aus der Arbeiterschicht in die Mittelschichten gelungen. Die Mittelschichten haben sich beträchtlich vergrößert, die Arbeiterschichten verkleinert – lange Zeit jedenfalls, wenn auch nicht mehr in der jüngsten Vergangenheit. Und zumindest in den oberen Mittelschichten haben sich ebenfalls beträchtliche Vermögen gebildet, auch wenn, wie gesagt, der Abstand zu den Vermögen der obersten Schichten nach wie vor groß ist, ja, in den letzten Jahren sogar gewachsen ist.

Was bedeutet es nun, wenn in einer Gesellschaft die Finanzvermögen langfristig weitaus stärker wachsen als das Sozialprodukt und wenn es immer mehr Menschen gibt, denen neben ihren Arbeitseinkommen ein mehr oder weniger beachtliches Zusatzeinkommen in Form von Zinsen und Dividenden zufließt? Die Zinsen und Dividenden wachsen ja, wie wir alle wissen, nicht einfach aus dem Kapital, wie ein Birnbaum Birnen trägt. „Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten“, heißt es zwar in der bekannten Sparkassenreklame. Aber natürlich arbeitet das Geld nicht von allein, es muss vielmehr immer erar-

beitet werden. Geldvermögen sind immer Schulden, genauer: Es sind Kontrakte zwischen Gläubigern und Schuldnern. Wertpapiere sind immer nur genau so viel wert, wie sich Schuldner finden, die bereit und in der Lage sind, das geliehene Kapital abzarbeiten und mit Zins und Zinseszins zurückzuzahlen. Auch die abhängig Beschäftigten in privaten Unternehmen sind, selbst dann, wenn sie persönlich gar nicht verschuldet sind, faktisch in diese Gläubiger-Schuldner-Beziehungen eingebunden. Durch ihre Arbeit müssen sie ja die Verwertung des Unternehmenskapitals gewährleisten; ihre Arbeitsplätze hängen davon ab. Damit die Kapitalmärkte im Gleichgewicht bleiben können, muss den anlagesuchenden Vermögen also eine hinreichende Zahl an Schuldnern gegenüberstehen – an „guten“, nämlich zahlungsfähigen Schuldnern, denn an Schuldnern überhaupt herrscht natürlich nie Mangel.

Es wäre naiv, an einen „systemeigenen“ Gleichgewichtsmechanismus zu glauben, der das Angebot an Geldkapital automatisch mit der zahlungsfähigen Nachfrage nach Kapital in Einklang bringt. Aber der Kapitalmarkt kann gleichwohl funktionieren – allerdings, wie ich behaupte, nur unter drei sehr spezifischen historisch-gesellschaftlichen Bedingungen:

Die erste Bedingung ist, dass es einen Klassenunterschied zwischen Vermögenden und Vermögenlosen, das heißt auf den Arbeitsmarkt Angewiesenen geben muss. Das ist die Grundbedingung für die Existenz eines Kapitalmarktes überhaupt. Kapitalistische Gesellschaften sind Klassengesellschaften, wobei ich den Klassenbegriff in einem durchaus orthodox-marxistischen Sinn verstehe: als Unterschied zwischen denjenigen, die über Kapitalvermögen verfügen und denjenigen, die kein Vermögen haben und daher auf ihre Arbeitskraft angewiesen sind. Die sozial extrem ungleiche Verteilung der privaten Geld- und Sachvermögen ist bis heute, wie wir wissen, ein beherrschendes Merkmal der Sozialstruktur gerade der fortgeschrittenen Industrieländer. Das heißt natürlich nicht, dass es außer den Klassen nicht auch andere soziale Unterschiede gäbe. Aber die Polarisierung der Klassen ist konstitutiv für den Kapitalmarkt und die

kapitalistische Dynamik: Ohne die letztlich nur durch Arbeit einzulösenden Schulden als ihrem negativen Gegenpol wären Kapitalvermögen wert- und gegenstandslos. Ohne die Polarisierung der Klassen gäbe es keine Spannung, ohne die Spannung keine Dynamik (ausführlicher: Deutschmann 2008, 2009).

Die zweite Bedingung ist, dass der Klassenunterschied nicht ständisch, ethnisch oder religiös festgeschrieben sein darf. Die Vermögenslosen müssen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft für sich eine hinreichende Chance sehen, durch harte Arbeit sozial nach oben zu kommen und auf die andere Seite zu wechseln – auch wenn diese Chance objektiv kaum größer sein mag als bei einer Lotterie. Ich spreche hier bewusst etwas unscharf von „Vermögenslosen“ und mache keine scharfen Unterschiede zwischen im rechtlichen Sinne Selbständigen bzw. Scheinselbständigen, Arbeitnehmern und sogenannten „Arbeitskraft-Unternehmern“. Es geht um Menschen, die aus kleinen Verhältnissen kommen und sich nach oben arbeiten wollen – nicht über die bürokratische Karriere auf der Basis von formalen Qualifikationen, sondern über den Erfolg am Markt. Dazu entwickeln sie Ideen, Initiativen und unternehmerische Instinkte. Viele unternehmerische Karrieren kamen so zustande. Auch in der westdeutschen Industriearbeiterschaft der ersten Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg war das Aufstiegsmotiv sehr stark, wie die damalige Industriosozologie gezeigt hat. Die großen politischen Erfolge der SPD in den späten sechziger und siebziger Jahren gingen darauf zurück, dass sie genau diese aufstiegsorientierten Teile der Arbeiterschaft repräsentierte (Walter 2010). Meine These ist also: Die Hoffnung auf Reichtum oder wenigstens eine bescheidene bürgerliche Existenz treibt die Vermögenslosen zu außerordentlichen, mehr als nur routinemäßigen Arbeitsleistungen, und die Konkurrenz zwingt sie auch dazu. Viele verschulden sich, um den erhofften Erfolg bzw. sozialen Aufstieg quasi vorwegzunehmen und setzen sich damit selbst unter Druck. Und es ist diese durch das Aufstiegsmotiv genährte Arbeits- und Verschuldungsbereitschaft der Vermögenslosen, die ihrerseits die Verwertung des Kapitals der Vermögenden sicherstellt.

Drittens muss die Bevölkerung wachsen und (um es etwas platt zu formulieren) möglichst jugendlich sein. Der Kapitalismus setzt eine zukunftsorientierte Lebensweise der breiten Masse voraus, die nun einmal das Privileg der Jüngeren ist. Die demographische Struktur ist deshalb eine weitere wichtige Randbedingung. Die kapitalistische „Wachstumsexplosion“ seit dem 19. Jahrhundert war nicht zufällig auch eine Bevölkerungsexplosion“.

Die ideale Konstellation für einen florierenden Kapitalismus ist also ein ausgeprägter Klassenunterschied mit wenigen reichen Vermögensbesitzern an der Spitze mit einer wachsenden, jugendlichen, armen, aber zugleich aufstiegs- und verschuldungswilligen Bevölkerung an der Basis. Das Streben nach Aufstieg und Reichtum motiviert außerordentliche Arbeitsleistungen der Vermögenden, die für hohe Renditen des Kapitals der Vermögenden sorgen. Es gibt, wie gesagt, keinerlei objektives „Gesetz“ und auch kein eingebautes „Gleichgewicht“, das dafür sorgt, dass diese Bedingungen gegeben sind. Faktisch aber waren sie in der bisherigen Geschichte des industriellen Kapitalismus zeitweilig durchaus gegeben: in der Zeit der industriellen Revolution in England, in den USA mit ihren immer neuen Einwanderungswellen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, und auch geradezu beispielhaft im westdeutschen „Wirtschaftswunder“ der ersten beiden Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg, schließlich in letzter Zeit im nominell kommunistischen China, vielleicht auch in Indien und Brasilien. Unter diesen Verhältnissen konnte sich ein sich selbst verstärkender positiver Wachstumsprozess entwickeln.

In Westeuropa, in den USA und in Japan liegen die Dinge heute freilich anders. Dank der Wirtschaftsprosperität in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts ist vielen Menschen in diesen Ländern der soziale Aufstieg gelungen; die Mittelschichten sind gewachsen, die Arbeiterschichten dagegen sind zurückgegangen. Obwohl die Ungleichheit der Vermögensverteilung sogar noch zugenommen hat, haben sich auch in den oberen Mittelschichten beträchtliche Finanzvermögen gebildet, die ihren Besitzern ein komfortables Zusatzeinkommen in Form von Zinsen, Dividenden

und Mieten ermöglichen. Viele dieser Gutverdienenden sind akademisch gebildet und haben sich gehobene berufliche Positionen – überwiegend als höhere Angestellte und Beamte, nicht als Selbständige – erarbeitet. All dies lässt den Drang nach weiterem sozialem Aufstieg über den Markt schwächer werden. Geld ist zwar unvermindert begehrt, die unternehmerische Arbeit als sein notwendiges Gegenstück aber immer weniger. Die Folge ist, dass sich die Marktkonstellation an den Vermögensmärkten verschiebt: Die anlagesuchenden Finanzvermögen nehmen stark zu, nicht nur als Folge der fortschreitenden Vermögensakkumulation bei den kapitalbesitzenden Eliten, sondern auch des wachsenden Reichtums der oberen Mittelschichten. Die potentiellen Schuldner dagegen, die – gleichgültig ob Arbeitnehmer oder Selbständige – nur aus den vermögenslosen unteren Schichten kommen können, werden dagegen weniger zahlreich. Schon dadurch ergibt sich die Möglichkeit einer Überliquidität an den Kapitalmärkten.

Es kommt nun aber noch etwas Anderes hinzu. Betrachtet man die dargestellte Aufwärtsverschiebung der Sozialstruktur in zeitlicher Perspektive, so stellt sich die Frage nach den sozialen Chancen der nachfolgenden Generationen. Wenn einer Generation der soziale Aufstieg auf breiter Front gelungen ist, haben die folgenden Generationen es dann leichter oder schwerer? Die neuere soziologische Mobilitätsforschung hat herausgearbeitet, dass die Ungleichheit der sozialen Chancen deutlich zugenommen hat. Auf der einen Seite befinden sich die Kinder der sozialen Aufsteiger in einer privilegierten Position. Sie wachsen in einem in der Regel gut gepolsterten sozialen Nest auf und sie müssen – wie Thomas, Christian und Tony Buddenbrook – um ihren Aufstieg und Erfolg nicht mehr kämpfen. Wirtschaftliche Vermögen und – wie wir wissen – in hohem Maße auch das sog. „Bildungskapital“ werden vererbt, und das sichert den Nachkommen der Gutsituierter einen für die anderen kaum mehr einholbaren sozialen Vorsprung. Deshalb ist es – auf der anderen Seite – für die Jüngeren aus den unteren Schichten deutlich schwieriger geworden, beruflich aufzusteigen oder überhaupt Zugang zu den immer knapperen „guten“ Positionen des Ar-

beitsmarktes zu finden. Vor allem die Chancen der Geringqualifizierten – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – sind offenbar so schlecht geworden, dass viele die Hoffnung auf den Erfolg am Arbeitsmarkt überhaupt aufgegeben haben (Blossfeld et al. 2007). Es hat sich ein Teufelskreis zwischen der objektiven Verschlechterung sozialer Chancen und subjektiver Resignation entwickelt, der unter Begriffen wie „soziale Exklusion“ (Bude 2006) oder „abgehängtes Prekariat“ (Neugebauer et al. 2007) diskutiert wird. Natürlich gibt es für den Teufelskreis der sozialen Exklusion auch noch andere Gründe außer den erwähnten Vererbungseffekten. Ich möchte hier nur darauf hinweisen, dass soziale Marginalisierung und Exklusion auch unter dem Blickwinkel der Vermögensmärkte von Bedeutung sind. Das sich anbahnende Ungleichgewicht an den Vermögensmärkten wird nicht nur, wie gezeigt, durch das relative Schrumpfen des sozialen Reservoirs potentieller Schuldner beeinträchtigt, sondern auch durch die zunehmende Blockierung der Aufstiegsmobilität und die resultierende Entmutigung des Aufstiegsmotivs bei den nachfolgenden Generationen.

Und noch etwas Drittes ist zu berücksichtigen, das zwar aktuell noch keine sehr große Rolle spielt, in der Zukunft aber erhebliche Auswirkungen haben wird, nämlich die Veränderungen der demographischen Struktur. Unternehmerische Individuen sind, wie gesagt, Menschen, die ihr Leben noch vor sich haben und etwas aus ihm machen wollen. Die auf die Zukunft gerichtete Lebensorientierung, von der unsere gesellschaftliche Dynamik so sehr abhängt, ist nun einmal das Privileg der Jüngeren. Mit Geburtenrückgang und absehbarer Alterung der Bevölkerung geht die Zahl dieser Zukunftsorientierten und überhaupt die der wirtschaftlich Aktiven zurück. Auch dadurch kommt es zu einem wachsenden Übergewicht der Rentiers gegenüber den aktuellen und potentiellen „guten“ Schuldnern.

Es ist vor diesem Hintergrund nicht erstaunlich, dass es in Deutschland und auch in anderen entwickelten Industrieländern in Westeuropa und Japan einen zunehmenden Überschuss an Geldvermögen gibt, der im Inland keine Anlagemöglichkeiten mehr findet und daher in die in-

ternationalen Kapitalmärkte fließt. Man versucht, die Schuldner, die es in der Binnenwirtschaft nicht mehr gibt, woanders zu finden. Bis vor einigen Jahren ist der größte Teil dieses Kapitals in US-amerikanische Anlagen investiert worden, die als sicherer Hafen galten. Das trug zum Aufpumpen jener Blase bei, die jetzt geplatzt ist. Die Finanzkrise zeigt aber, dass die Globalisierung der Finanzmärkte das Problem des tendenziellen Überschusses an anlagesuchenden Finanzvermögen nicht gelöst, sondern eher noch verschärft hat. Der kollektive Buddenbrooks-Effekt ist ja kein ausschließlich deutsches bzw. westdeutsches Phänomen. Seine Charakteristika – stark überproportionales Wachstum der privaten Finanzvermögen, strukturelle Mobilität der Gesellschaft nach oben – lassen sich in allen entwickelten westlichen Industrieländern sowie in Japan und in ersten Anfängen auch schon in China beobachten. Sicherlich gibt es in den Schwellenländern noch immer einen großen Kapitalbedarf. Aber dort sind eben, wie die Krisen in Mexiko, Russland, Argentinien und anderen Ländern gezeigt haben, auch die politischen und ökonomischen Risiken groß.

Wenn es weltweit keine hinreichend sicheren und profitablen Anlagemöglichkeiten mehr gibt, dann führt das zu einem Zustand der Überliquidität an den Finanzmärkten. Diese Überliquidität treibt spekulative Blasen hervor, die früher oder später platzen und die Wirtschaft abstürzen lassen. Diese Probleme sind nicht erst heute zu beobachten, sondern spätestens seit dem Platzen der Dotcom-Blase um die Jahrtausendwende. Schon diese Krise hat ja eine anhaltende Wachstumsschwäche speziell der deutschen Wirtschaft zur Folge gehabt. Der Beschäftigungsabbau in den Jahren bis 2005 hat dazu geführt, dass die Mittelschicht nicht länger gewachsen ist, sondern kleiner geworden ist, wie die viel zitierte Studie des DIW (Grabka/Frick 2008) gezeigt hat. Alle diese Probleme werden sich weiter verschärfen, wenn – wie sich das heute abzeichnet – die USA als globaler Schuldner nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wir haben es, nicht erst heute, sondern bereits seit etwa 30 Jahren, in den entwickelten Industrieländern mit einer Situation zu tun, die

durch eine zunehmende Dominanz der Rentierinteressen über die unternehmerischen Kräfte charakterisiert ist. Charakteristisch für diese Situation war das starke Wachstum der privaten Finanzvermögen. Dieses Wachstum wiederum hat den Aufstieg der sog. „institutionellen Investoren“, also der Investmentbanken, Hedgefonds, Private Equity-Fonds, Pensionsfonds, kurzum: des viel zitierten „Finanzmarkt-Kapitalismus“ ermöglicht. Die Investmentfonds stehen, ungeachtet ihrer bekanntlich nicht bescheidenen Eigeninteressen, im Auftrag ihrer Kunden, der privaten Anleger. Sie konkurrieren um ihre Gunst und bringen die Interessen der Anleger in organisierter Form gegenüber der Politik, gegenüber den Unternehmen, in der Öffentlichkeit zur Geltung, und das haben sie sehr erfolgreich getan. Schon der gängige Begriff der „Finanzinvestoren“ mit der in ihm angelegten Vermischung von realen unternehmerischen Investitionsentscheidungen mit finanziellen Spekulationen zeigt, wie sehr sich diese Rentierperspektive inzwischen im öffentlichen Sprachgebrauch durchgesetzt hat. Das fortschreitende Übergewicht der Rentierinteressen über das unternehmerische Element zeigt sich auch auf der Ebene der Unternehmen. Die durch die Fonds kontrollierten Unternehmen müssen die vereinbarten Renditeziele erfüllen, andernfalls droht der Verkauf oder die feindliche Übernahme. Das führt häufig zu einer kurzfristigen Gewinnorientierung des Managements; kurzfristig nicht rentable Innovationsprojekte und die Substanzsicherung des Unternehmens werden vernachlässigt. Gewinne scheinen nicht länger nur „Residualeinkommen“ zu sein, wie es früher in den Lehrbüchern der Betriebswirtschaftslehre hieß. Sie werden vielmehr zunehmend zu einer neuen Art von Kontrakteinkommen in Form von Zielvereinbarungen zwischen den Eigentümern und dem Management. Die sog. „kapitalmarktorientierte Unternehmensführung“ zielt darauf, den Gewinn so weit wie möglich in eine planbare, vom Risiko abgekoppelte Größe zu verwandeln. Auch Forschung und Entwicklung werden „ökonomisiert“, durch Zielvereinbarungen gesteuert, finanziell rechenschaftspflichtig gemacht, immer enger an die Anforderungen der Produktion und des Marktes gebunden (Grewer et al. 2007). Aber das geht

auf Kosten der für Innovationen notwendigen funktionalen Autonomie. Forschung und Entwicklung lassen sich ihrer Natur nach nur begrenzt planen, und wenn man die Kontrolle zu eng anlegt, kommen statt Innovationen eben nur Schein-Innovationen heraus.

Geht aber die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zurück, während gleichzeitig die den Unternehmen durch die Eigentümer abgeforderten Gewinnausschüttungen nicht nur nicht zurückgehen, sondern womöglich noch gesteigert werden, so bedeutet das, dass die Gewinne durch Einschnitte in die Substanz finanziert werden müssen. Gewinne entstehen dann nicht länger aus der wachstumsfördernden Entwicklung neuer Kombinationen, sondern durch Umverteilung zu Lasten der Löhne, Gehälter und Steuern; Gewinnmaximierung verwandelt sich aus einem Positivsummenspiel in ein Nullsummenspiel, bei dem das Wachstum auf der Strecke bleibt, die realen Masseneinkommen sinken und am Ende der Staat selbst zur Beute der Rentiers zu werden droht.

Meine These ist also, dass wir es mit einer zunehmenden Dominanz der Rentiers über die unternehmerischen Kräfte in der Gesellschaft zu tun haben, die ich als „kollektiven Buddenbrooks-Effekt“ bezeichne. Es ist eine Situation entstanden, in der – auf der einen Seite – die große Mehrheit der Bevölkerung gern mehr Geld ausgeben würde, wenn sie es denn hätte und auch dafür arbeiten würde, wenn die Arbeitsplätze denn da wären. Auf der anderen Seite verfügt eine sehr kleine Minderheit über so viel Geld, dass sie es beim besten Willen nicht konsumieren kann, sie kann es aber auch nicht investieren, denn so viele profitträchtige Investitionsgelegenheiten und potentiell solvente Schuldner sind gar nicht vorhanden. Das Kapital fließt deshalb zunehmend aus dem realwirtschaftlichen Kreislauf heraus in spekulative Finanzprodukte. Diese treiben Blasen hervor, die früher oder später platzen und die Wirtschaft abstürzen lassen. Durch die staatlichen Rettungsschirme ist nun die Situation entstanden, dass der Staat durch die Finanzinvestoren gleichsam in Geiselschaft genommen worden ist und aus Steuermitteln jene Renditen garantieren muss, die auf dem Markt nicht mehr erzielbar wären. Es ist also verkürzt und ober-

flächlich, wenn, wie dies gegenwärtig meist geschieht, nur die Geldgier und Skrupellosigkeit der Bankmanager als Hauptursache der Krise hingestellt werden, oder auch die Korruption der Aufsichtsgremien, das Versagen der politischen Regulierungsinstanzen. Alle diese Exzesse und Verfehlungen hat es gegeben, und die Kritik an ihnen ist natürlich berechtigt. Aber jenseits dieser Oberflächenphänomene muss man nach den strukturellen Ursachen fragen. Die Überliquidität an den Finanzmärkten hat, wie ich zu zeigen versucht habe, gesellschaftliche Ursachen in Gestalt der sozialstrukturellen Verschiebungen und der exzessiven Ungleichheiten der Vermögensverteilung in den entwickelten Industrieländern. Solange sich an diesen strukturell bedingten Ungleichgewichten nichts ändert, wird auch die Krise zu einem mehr oder weniger chronischen Zustand werden.

Was folgt daraus? Es folgt zunächst, dass die Probleme, mit denen wir es heute zu tun haben, nicht aus dem Versagen, sondern gerade aus dem Erfolg des Kapitalismus entstanden sind. Der Kapitalismus – und das ist heute in China nicht anders als in Westeuropa nach dem 2. Weltkrieg – mobilisiert die Individuen und ihre unternehmerischen Energien oft erfolgreich durch das Versprechen auf sozialen Aufstieg und „Wohlstand für alle“. Aber sollte dieses Versprechen wirklich für relevante Teile der Bevölkerung eingelöst werden, was dann? Der Kapitalismus lebt von der Klassenpolarisierung zwischen Reich und Arm, von ihrer immer neuen Herstellung und dynamischen Überwindung. Lässt die Spannung nach, dann wird Kapital weniger knapp, die Rendite sinkt und mit ihr lässt die Dynamik nach. Das aber bedeutet Krise und Armut mitten im Überfluss. Die stationäre Reproduktion eines gehobenen, nur mäßig differenzierten Wohlstandsniveaus ist unter kapitalistischen Voraussetzungen unmöglich. Anders ausgedrückt: Der Kapitalismus fordert Menschen, die auf die Zukunft, auf den individuellen Erfolg und Aufstieg hin leben; die Knappheit und die Rendite des Kapitals sind nichts anderes als der Ausdruck der Zukunftsorientierung der Gesellschaft. Wenn es aber mehr Menschen gibt, die eher in der Gegenwart statt in der Zukunft leben oder leben müssen, wie das in den entwickelten

Ländern zunehmend der Fall ist, dann heißt das, dass Kapital weniger knapp wird, vielleicht seinen Knappheitswert gänzlich einbüßen wird, und das bedeutet eine permanente Krise. Zentralbank-Zinssätze in der Nähe von Null, wie sie gegenwärtig vorherrschen, zeigen, dass dies keineswegs eine aus der Luft gegriffene Annahme ist.

Wie geht es weiter? Ich sehe zwei Möglichkeiten: Auf der einen Seite kann man mit gutem Recht argumentieren, dass von einer Überwindung der Kapitalknappheit auch heute noch nicht wirklich die Rede sein kann. Große Teile der Welt, insbesondere der afrikanische Kontinent, befinden sich noch in der Anfangsphase des kapitalistischen Aufbruchs, und der anstehende Übergang zu postfossilen Energiesystemen wird einen unermesslichen Kapitalbedarf erzeugen. Ein neuer, durch die Energiewende getriebener Wachstumszyklus könnte den Weg aus der Krise bahnen. Allein die Notwendigkeit der Reparatur der durch ihn selbst angerichteten ökologischen Schäden könnte dem Kapitalismus also noch eine gewisse Überlebensfrist gewähren. Aber auch ein solcher neuer Zyklus würde sich kaum im Selbstlauf durchsetzen, sondern massive, international koordinierte staatliche Interventionen voraussetzen. Die Chance, dass sie zustande kommen, ist gegenwärtig (siehe das Scheitern der Konferenz von Kopenhagen) sehr gering.

Wir tun jedenfalls gut daran, nicht nur mit dieser Möglichkeit, sondern mit der zweiten Möglichkeit zu rechnen: nämlich dass die Überliquidität der Kapitalmärkte zum Dauerproblem wird. Auch dann wären die demokratischen Nationalstaaten gefragt. Alles käme freilich darauf an, dass politische Kräfte und Regierungen sich durchsetzen, die in der Lage sind, den Einfluss der Finanzlobby zurückzudrängen und den Staat aus seiner faktischen Gewährleistungsrolle für die Finanzindustrie zu befreien. Es ginge schlicht darum, das Interesse des demokratischen Staates an sich selbst wahrzunehmen und die Erwartungen der Rentiers und Finanzinvestoren auf den Boden der Realität zurückzuholen. Das könnte wohl nicht nur mit sanften Mitteln geschehen, wie Keynes noch gemeint hatte. Das Ziel könnte ja nicht allein sein, allzu riskante spekulative Geschäfte der Banken und Fonds zu unterbinden.

Die spekulationstreibende Überliquidität an den Finanzmärkten selbst müsste vielmehr durch eine effektivere und höhere Besteuerung der Kapitaleinkommen, Kapitalmarktumsätze sowie der Managementvergütungen abgeschöpft werden. Steueroasen müssten wirksam ausgetrocknet werden. Und es würde sich die Eigentumsfrage stellen, denn die privaten Eigentümer und Rentiers werden den Schwund der Gewinne nicht widerstandslos hinnehmen. Die Verstaatlichung der Banken und auch großer Industriekonzerne könnte unvermeidlich werden, schon um zu verhindern, dass der Staat zur Geisel genommen wird, und um die Produktion auch dann fortführen zu können, wenn sie nur noch kostendeckend, aber nicht mehr profitabel ist. Angesichts der zu erwartenden Beschäftigungsprobleme müsste die Subsistenz der Bevölkerung durch einen Ausbau der sozialen Grundsicherungssysteme gewährleistet werden. All dies wäre überdies nicht im nationalen Alleingang möglich, sondern müsste in einer international koordinierten Weise nach dem Vorbild des Systems von Bretton Woods geschehen. Ich weiß, dass eine solche Politik angesichts der ungebrochenen Macht der Finanzindustrie gegenwärtig unrealistisch erscheint. Aber es gibt zu ihr keine vernünftige Alternative.

Literatur

- Blossfeld, Hans-Peter / Buchholz, Sandra / Hofäcker, Dirk / Hofmeister, Heather / Kurz, Karin / Mills, Melinda (2007): Globalisierung und die Veränderung sozialer Ungleichheiten in Gesellschaften. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse des GLOBALIFE-Projekts, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 59: 667-691.
- Bude, H. (2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München.
- Deutschmann, C. (2008): Kapitalistische Dynamik. Eine gesellschaftstheoretische Perspektive, Wiesbaden.
- Deutschmann, Christoph (2009): Soziologie kapitalistischer Dynamik. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, MPIFG Working Paper 09/5, Köln.
- Grewer, H.G./Matthäi, I./Reindl, J. (2007): Der innovative Ältere. Warum die Entwickleruhr länger als sieben Jahre tickt, München und Mering.
- Grabka, M./Frick, J. (2008): Schrumpfende Mittelschicht: Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? DIW-Wochenberichte 10/2008, Berlin: 101-108.
- Kindleberger, C./Aliber, R. (2005): Manias, Panics and Crashes. A History of Financial Crises, Hoboken, N.J., Fifth Edition.
- Neugebauer, Gero (2007): Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Stein, H. (2004): Anatomie der Vermögensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983-1998, Berlin.
- Walter, Franz (2010): Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Berlin.